

Anwärter gaben rhetorisch Vollgas

Wahlen Gut zwei Stunden lang kreuzten die Regierungskandidaten an einer Podiumsdiskussion die Klänge. Wie kann ein bürgerliches Gremium regieren? Und wie geht es weiter mit der Finanzpolitik? Diesen und weiteren Fragen stellten sich die Kandidaten.

Roseline Troxler

roseline.troxler@luzernerzeitung.ch

In drei Wochen ist der Wahlkampf für einige der neun Anwärter bereits passé. Zeit daher, die letzten Tage vor den Wahlen am 31. März nochmals zu nutzen, um von sich zu überzeugen. Die neun Regierungskandidaten, vier Bisherige und fünf Neue (siehe Box), kreuzten gestern Abend beim Podium dieser Zeitung die Klänge und schenkten sich nichts. Das LZ-Auditorium war bis auf den letzten Platz besetzt.

Bei der Diskussionsrunde, die von Jérôme Martinu, Chefredaktor der «Luzerner Zeitung», und Christian Peter Meier, stellvertretender Chefredaktor, moderiert wurde, standen die Regierungszusammensetzung, die Finanz- und Steuerpolitik sowie der Verkehr im Zentrum.

Ist die Regierung eine Wohlfühlloase?

Die neun Kandidaten wurden in zwei Gruppen ausgelost. In der ersten Runde wehrten sich die beiden bisherigen CVP-Regierungsräte gegen den Vorwurf, die bürgerliche Regierung sei eine Wohlfühlloase. Guido Graferzählte, dass er just an diesem Tag mit seinem Parteikollegen über ein Sachgeschäft gestritten habe. Reto Wyss meinte: «Klar fehlt ein politisches Spektrum, aber wir haben die Aufgabe, als Regierungsrat gute Arbeit zu machen, und versuchen, auch andere Sichtweisen miteinzubeziehen.» Dies sahen die neuen Kandidaten anders. Laut Korintha Bärtsch ist es beim Versuch geblieben, das fehlende Spektrum abzudecken. Auch Roland Fischer fehlt in der Exekutive «ein Störenfried mit einem Stachel». Dies sei ein Grund, dass die Reform der Schuldenbremse misslungen sei. Für Rudolf Schweizer wird die Bevölkerung zu wenig unterstützt. Er verwies auf die Sparmassnahme bei der Prämienverbilligung und fordert eine Lohnobergrenze



Moderator Jérôme Martinu (ganz links) und die neun Kandidaten während des Podiums im LZ-Auditorium.

Bild: Dominik Wunderli (12. März 2019)

für Regierungsrat, Gericht und Verwaltung. Reto Wyss räumte mit Blick auf die letzte Legislatur ein, dass er nicht auf alle Sparmassnahmen stolz sei, diese aber nötig gewesen seien.

In der zweiten Runde stand auch die Frage nach der Frauenvertretung im Raum. Dass das Thema bewegt, zeigte auch der Aufmarsch einiger linker Frauen, welche kurz vor Podiumsbeginn vor dem LZ-Gebäude mit Plakaten für Korintha Bärtsch, die einzige weibliche Kandidatin, weibelten. Jörg Meyer unterstrich: «Dass eine Frau in der Regierung fehlt, ist nicht mehr zeitgemäss.» Gleichzeitig sei es nicht nur ein SP-Auftrag, Frauen in der Politik zu fördern. So habe die SP die Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht. Auf die Frage angesprochen, was die Regierung für die Frauenförderung tue, meinte

Schwerzmann: «Gerade heute haben wir in der Regierung beschlossen, an den Massnahmen für einen höheren Frauenanteil im Kader festzuhalten.» Die Tatsache, dass die Regierung rein bürgerlich bleiben könnte, sieht Fabian Peter nicht als Problem. «Im Inwilener Gemeinderat hat sich



gezeigt, dass nicht von einer Monokultur gesprochen werden kann, nur weil nicht alle Parteien vertreten sind.» Laut Paul Winiker kann man sich die Regierungskollegen nicht aussuchen, aber es gelte, «miteinander den Auftrag zu erfüllen».

Marcel Schwerzmann ist sowohl als Finanzdirektor wie auch als Parteiloser Kritik ausgesetzt. «Ersteres ist verständlich, zumal die Finanzen ein heisses Dossier sind.» Kritik an seiner Parteilosigkeit hingegen versteht er nicht, zumal 70 Prozent der Bevölkerung parteilos seien. Zudem betonte er, seine Tür stehe für alle Parteien offen. Dies sieht Jörg Meyer anders: «Die SP wird klar weniger eingebunden. Es reicht nicht, wenn unsere Argumente erst im Parlament eingebracht werden können.»

Neue Kandidaten fordern Anpassung bei Finanzpolitik

Zu reden gab bei der Podiumsdiskussion auch die Finanzpolitik der letzten Jahre. Guido Graf räumte zwar ein, dass es länger gedauert hat, bis mehr juristische Personen in den Kanton Luzern

gezogen sind. «Doch Luzern befindet sich nun in einer sehr guten Ausgangslage.» Laut Korintha Bärtsch ist die Regierung bei der Tiefsteuerstrategie «volle Kraft voraus gefahren, ohne auf Verlierer zu schauen». Für Roland Fischer hätte die Tiefsteuerstrategie auf der Einnahmenseite besser abgedeckt werden müssen – etwa durch eine Ökosteuer und Lenkungsabgaben.

In Runde zwei stellten die Moderatoren auch die Frage, weshalb der Vorschlag der Regierung zur Erhöhung der Unternehmenssteuern im Parlament scheiterte? Paul Winiker sagte: «Es ist Aufgabe des Parlaments, kritisch hinzuschauen. Offenbar wählten sie eine vorsichtiger Gangart.» Für Meyer hingegen zeigt das Beispiel auf, dass sich «der Kanton Luzern in einem Stillstand befindet.» Und die Regierung

Das sind die Anwärter

Neun Kandidaten kämpfen bei den Wahlen vom 31. März um einen Sitz in der fünfköpfigen Regierung. Um eine weitere Legislatur bewerben sich die bisherigen Regierungsräte: Finanzdirektor **Marcel Schwerzmann** (parteilos, 54, Kriens), Gesundheits- und Sozialdirektor **Guido Graf** (CVP, 60, Pfaffnau), Bildungs- und Kulturdirektor **Reto Wyss** (CVP, 53, Rothenburg) und Justiz- und Sicherheitsdirektor **Paul Winiker** (SVP, 62, Kriens). Neu in der Exekutive wirken wollen **Fabian Peter** (FDP, 42, Inwil), **Jörg Meyer**, (SP, 50, Adligenswil), **Korintha Bärtsch** (Grüne, 34, Luzern), **Roland Fischer** (GLP, 53, Udligenswil) sowie **Rudolf Schweizer** (Parteilose Schweizer, 55, Luzern). Bereits am 31. März könnte sich zeigen, wer den Sitz von Robert Küng holt und ob die Bisherigen die Wiederwahl schaffen. Wahrscheinlich ist allerdings, dass es am 19. Mai zu einem zweiten Wahlgang kommt. (rt)

habe zu wenig für eine Erhöhung gekämpft. Für Fabian Peter hingegen handelt es sich um einen Kompromiss, der «Verlässlichkeit für die Wirtschaft» bedeutet. Meyer konterte, dass ihm diese Verlässlichkeit gegenüber dem Personal und den sozialen Institutionen fehle.

Gut zwei Stunden wurde kontrovers diskutiert, auch beim Publikum kochten teils Emotionen hoch. Der Abschluss war dann leichter verdaulich: So durften die Kandidaten einen Konkurrenten auf humoristische Art mit jener Sportart beschreiben, die aus ihrer Sicht am besten zu ihm passt.

WWW.

Das Video der Podiumsdiskussion finden Sie unter: luzernerzeitung.ch/videos

Befürworter des Marktplatzes reagieren scharf auf Kritik

Entlebuch Kurz vor der Abstimmung zur Umgestaltung des Marktplatzes hat ein Flyer die Diskussionen neu entfacht. An der Orientierungsversammlung warfen Befürworter und Gegner noch einmal ihre Argumente in die Waagschale.

«Es wird genügend Arbeit für alle haben.» Mit diesem Statement erreichte die Stimmung im Hotel Drei Könige an der Orientierungsversammlung zum Projekt «Marktplatz» ihren Höhepunkt. Gesagt hat dies der Entlebucher Adrian Müller, einer der beiden Investoren der Müller & Stalder Immobilien, die einen kleineren Teil des 30- bis 40-Millionen-Projekts «Marktplatz» realisieren wollen. Der wohl lauteste Applaus des Abends der über 200 Besucher folgte seinen Worten.

Im Vorfeld sorgte ein Flugblatt für Diskussionen, das den Stimmbürgern empfahl, am 31. März ein «Nein» zum geplanten «Jahrhundertprojekt» in die Urne zu legen (Ausgabe vom 9. März). Verfasst worden war es unter der Federführung der lokalen SVP, unterzeichnet auch von kleineren Betrieben aus der Gemeinde. Kritisiert wurde, dass

ein auswärtiger Investor den neuen Entlebucher Dorfplatz baue und damit lokale Handwerker zu kurz kämen. Gemeint war nicht Müller & Stalder, sondern Generalunternehmer Anliker. Auch am Verkehrskonzept sties sich die Gegner.

Die Reaktion der Befürworter liess nicht lange auf sich warten. Sie haben die IG Pro Marktplatz gebildet (Ausgabe vom 5. März), die gestern Abend bereits über 260 Unterzeichner aufwies.

Interessengemeinschaft will Zeichen setzen

Anlass für die Gründung der IG war gemäss Mitglied Martin Huber (FDP) aber nicht besagter Flyer, sondern ein «als Faschnachtszeitung getarntes, anonymes Flugblatt», das versucht habe, das Projekt Marktplatz und die Projektverfasser «ins Lächerliche zu ziehen». «Die Initianten der IG

Pro Marktplatz wollen dieser «Schmierenkampagne» ein deutliches Zeichen entgegenzusetzen – mit Personen, die öffentlich für den Bebauungsplan Marktplatz einstehen», so Huber. Insbesondere stösst er sich daran, dass die

«Wer hat Interesse daran, dass auf einer klaffenden Baulücke noch zehn Jahre «Verbesserungen» vorgenommen werden?»

Martin Huber
IG Pro Marktplatz

Gegner den Marktplatz etappenweise bauen wollen. «Wer hat Interesse daran, dass auf der mitten im Dorf klaffenden Baulücke Marktplatz noch zehn und mehr Jahre unkoordiniert kosmetische «Verbesserungen» vorgenommen werden?», fragte Huber an der Versammlung.

Dort hat auch die lokale FDP die Ja-Parole verkündet, während die CVP am 20. März entscheiden will. Der Vorstand des Gewerbeverbandes empfiehlt das Projekt zur Annahme, nachdem sich in einer Umfrage eine Mehrheit der Mitglieder dafür aussprach.

Kritische Fragen an die SVP

Auch SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner durfte seine Kritikpunkte noch einmal ausführen. Auf den Stühlen wurde getuschelt. Weshalb Steiner keine Einsprache eingereicht hat? Die SVP habe sich

im Vorfeld eingebracht und viele der Kritikpunkte geäussert. «Der Entscheid, ob dieser Bebauungsplan den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger genügt, sollte aber definitiv nicht am Tisch der Jurisprudenz geprüft werden, sondern durch die Stimmbewölkerung», antwortete Steiner auf Anfrage. Die Nein-Parole der SVP gab zudem zu Diskussionen Anlass. Der Vater der SVP-Ortsparterpräsidentin und Schwiegervater des SVP-Kantonsrats Steiner engagierte sich nämlich im Pro-Komitee. «In vielen Familien sind die Meinungen geteilt», sagt Steiner. Er trenne zwischen Aktivitäten in seiner Partei und Privattem. Es gehe auch darum, dass die einheimischen Handwerker nicht zu kurz kommen und die Bebauung nicht zu günstig dem Grossinvestor zu überlassen.

Unter der Leitung von Gemeindepräsidentin Vreni Schmid-

lin (FDP) waren die Vertreter der Gemeinde und die Bauherren bemüht, Vorteile herauszustreichen. Im Anschluss erhoben viele der Besucher die Stimme für oder – in selteneren Fällen – gegen das Projekt. Besonders die Investoren waren immer wieder Thema – und mit ihnen die lokale Wertschöpfung.

Adrian Müller hielt im eingangs erwähnten Votum fest, dass auch der Generalunternehmer Aufträge an lokale Anbieter vergeben könne: «Vielleicht sollten sich kleinere Unternehmer zusammenschliessen, um den Grossen Paroli zu bieten.» Zudem entstehe auch Wertschöpfung durch Umzüge in die 52 geplanten Wohnungen am Marktplatz, wodurch oft sanierungsbedürftige Häuser frei würden.

Urs-Ueli Schorno
ursueli.schorno@luzernerzeitung.ch